

Kölner Bündnis NO-TTIP

c/o Allerweltshaus, Körnerstr. 77-79



An die Gliederungen des SPD Unterbezirks Köln

Geschäftsführender Vorstand
Beisitzer im Vorstand
UB-Geschäftsführer
Ortsvereinsvorsitzende

Köln, den 16. Dezember 2014

TTIP, CETA und TiSA gefährden die Demokratie

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder der Kölner SPD, in großer Sorge wenden wir uns an Sie, denn der Beschluss des SPD-Konvents vom 20. September 2014 zu den geplanten Abkommen CETA und TTIP bestürzt uns sehr.¹ Freihandels- und Investitionsabkommen wie TTIP, CETA, TiSA etc. bedrohen gesellschaftliche und gewerkschaftliche Errungenschaften, demo-kratische Entscheidungsmacht und das Ziel eines gerechten, solidarischen Welthandels. Doch nach wie vor wird die Debatte in Ihrer Partei von den vermeintlichen Chancen dieser Abkommen beherrscht. Wir halten diese »Argumente« für grob irreführend:

- Die positiven Wachstums- und Beschäftigungseffekte, die etwa den TTIP-Verhandlungen als offizielle Begründung dienen, sind sogar gemäß den zugrundeliegenden Studien vernachlässigbar gering. Zudem sind die Methoden dieser Studien sehr umstritten.² Im Gegenteil gibt es Belege, dass Freihandelsabkommen den Preisdruck auf Löhne erhöhen, Arbeitsplätze vernichten und eine geringere Zahl neuer, prekärer Jobs schaffen würde.³
- Die Verheißung, mit TTIP könnten sozialere und ökologischere Regeln für die globale Wirtschaft geschaffen werden, ist eine Illusion. Sie widerspricht dem umfassenden Liberalisierungsziel, das im EU-Verhandlungsmandat hervorgehoben wird, dem massiven Einfluss großer Wirtschaftsverbände auf die Verhandlungen und den Erkenntnissen aus bisherigen TTIP-Leaks.⁴ Durch die »Negativ-Liste« und die Beseitigung des Vorsorgeprinzips soll in Europa die Beweislast zugunsten der Deregulierung umgedreht werden.

Demgegenüber würden TTIP, CETA und weitere »Abkommen neuen Typs« breite Teile der Gesellschaft schädigen und einen erheblichen Machtzuwachs für große Konzerne global festschreiben, da sogenannter »Freihandel« den Standortwettbewerb verschärft und

1 Beschluss des fünften SPD-Parteikonvents am 20.9.2014 in Berlin »Unsere Erwartungen an die transatlantischen Freihandelsgespräche«:
https://www.spd.de/scalableImageBlob/123760/data/20140920_parteikonvent_beschluss_ttip-data.pdf

2 Siehe Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung »Das Märchen vom Wachstums- und Beschäftigungsmotor«:
<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/10969.pdf>

3 Gezeigt am Paradigma NAFTA: Der Tagesspiegel. »Das Netz des Geldes«.
<http://www.tagesspiegel.de/politik/wirtschaftsbeziehungen-20-jahre-nafta-das-netz-des-geldes/11082792.html>

4 Das EU-Verhandlungsmandat kann unter <http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-11103-2013-DCL-1/de/pdf> nachgelesen werden.
Den Lobbyeinfluss auf die Verhandlungsführung hat die NGO Corporate Europe Observatory untersucht:
<http://corporateeurope.org/de/international-trade/2014/07/ttip-wer-lobbiert-am-meisten>.
Ein Beispiel für TTIP-Lobbying der chemischen Industrie: www.attac.de/news/7798

Konzerninteressen als Allgemeininteresse maskiert:

- Hart erkämpfte Errungenschaften wie z.B. Verbraucherschutz- und ArbeitnehmerInnenrechte, Lohnniveaus, Umwelt-, Gesundheits- und Sozialauflagen (sozialer Schutz) werden zu »Handelshemmnissen« herabgewürdigt. Damit unterstehen vorhandene Regulierungen der Profitlogik: Sofern sie nicht wegverhandelt werden, setzt sich im Rahmen der »gegenseitigen Anerkennung« der niedrigere Standard durch oder wird auf anderem Wege (z.B. über den Produktpreis) erzwungen.
- Die angestrebte »Regulatorische Kooperation« würde Konzernen ein Mitspracherecht bei der Schaffung zukünftiger Bestimmungen einräumen, noch bevor die Parlamente sich mit den Gesetzesvorhaben beschäftigen. Sogar die Überarbeitung bestehender gesetzlicher Bestimmungen durch demokratisch nicht legitimierte Gremien ist geplant.⁵
- Mit den umstrittenen privaten Schiedsverfahren können Staaten zu empfindlichen Schadensersatzzahlungen gezwungen werden, wenn sie Regulierungen im Interesse des Allgemeinwohls einführen oder überarbeiten wollen.⁶

Ausländische Investoren sollen vor privaten Schiedsstellen gegen Staaten klagen können, wenn sie ihre Gewinnerwartungen durch Vorschriften der öffentlichen Hand eingeschränkt sehen (Investor-to-State-Dispute-Settlement ISDS). Die Entscheidungen der jeweils drei Privatanwälte sind völkerrechtlich bindend und können entweder die Rücknahme solcher Gesetze zur Folge haben oder Schadenersatzzahlungen in Millionen- bis Milliardenhöhe aus Steuermitteln. Dieser Mechanismus würde dazu führen, dass Parlamente zukünftig eher auf Verbesserungen im Verbraucherschutz, im Sozial- oder Umweltbereich etc. verzichten würden, als die Klage eines Großkonzerns zu riskieren. Zudem würde ISDS nicht nur ausländischen Konzernen ein Instrument in die Hand geben, das heimischen Konzernen nicht zur Verfügung steht, sondern auch große Unternehmen gegenüber mittelständischen übervorteilen.⁷

- Da ISDS in CETA enthalten ist, könnten US-Unternehmen schon mit Hilfe von CETA über Tochterunternehmen in Kanada von ISDS Gebrauch machen. Insofern würde ein Herausverhandeln von ISDS aus TTIP – wie von der neuen EU-Kommission angedeutet – keine wesentliche Rolle spielen.
- Durch den enormen Liberalisierungs- und Privatisierungsdruck der Abkommen auf öffentliche Dienstleistungen würde die Daseinsvorsorge verschlechtert und die Gestaltungshoheit insbesondere kommunaler Parlamente gefährdet.⁸ Das CETA beeinträchtigt die im EU-Recht und im Grundgesetz verankerte Garantie der kommunalen Selbstverwaltung

5 Siehe Analyse von Corporate Europe Observatory, LobbyControl und Friends of the Earth Europe »TTIP: covert attacks on democracy and regulation«
<https://www.lobbycontrol.de/2014/09/ttip-regulatorische-kooperation-bei-freihandelsabkommen-gefaehrdet-demokratie/> oder

DIE ZEIT vom 5.6.2014 »Ein Freifahrtschein für Lobbyisten«:

<http://www.zeit.de/wirtschaft/2014-06/ttip-freihandelsabkommen-regulatorische-kooperation-rcc-eu-usa>

6 Siehe EU-Verhandlungsmandat (s.o. Fußn. 4), Kapitel Investorenschutz S. 8-10.

Zur Europarechts- und Verfassungswidrigkeit der ISDS-Schiedsklauseln des CETA vgl. das Rechtsgutachten »Europa- und verfassungsrechtliche Vorgaben für das Comprehensive Economic and Trade Agreement der EU und Kanada (CETA)« von Prof. Fischer-Lescano und Johan Horst, Universität Bremen, Oktober 2014, S. 12ff und 34f

<http://www.jura.uni-bremen.de/uploads/ZERP/AFL/CETA-RechtsgutachtenAFLokt2014.pdf>

7 Siehe Stellungnahme des Bundesverbandes der mittelständischen Wirtschaft.

http://www.bvmw.de/fileadmin/download/Downloads_allg._Dokumente/politik/Positionspapier_TTIP.pdf

8 Siehe dazu Studie von Thomas Fritz »TTIP vor Ort - Folgen der transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft für Bundesländer und Kommunen« http://blog.campact.de/wp-content/uploads/2014/09/Campact_TTIP_vor_Ort.pdf

oder die Analyse von Ver.di »TTIP und TiSA: Eine neue Runde der Liberalisierungen in der EU-Handelspolitik«:

http://ver-und-entsorgung.verdi.de/++file++53be48b96f684408c00000f/download/ver.di+%20Info_TISA_TTIP_2014.pdf

unverhältnismäßig.⁹

- Besonders in den Ländern des »globalen Südens« würde TTIP die Armut weiter verstärken. Dies prognostizieren sogar die Studien der TTIP-Befürworter.¹⁰

Der Beschluss des SPD-Konvents benennt zwar diese und weitere Kritikpunkte, leitet daraus aber lediglich »Erwartungen« ab. Die darin enthaltenen Anforderungen, die tatsächlich notwendig sind, können jedoch in das Verhandlungsmandat der EU nicht einfließen. Die einzig richtige Konsequenz aus den Anforderungen des Konvents kann nur lauten:

Die Verhandlungsmandate zu TTIP und TiSA müssen aufgehoben werden; das CETA-Abkommen, das als Blaupause für TTIP gilt, darf nicht abgeschlossen werden.

Zu diesem Schluss kam übrigens auch der DGB Bundeskongress, entgegen anderslautender Behauptungen.¹¹

Bitte setzen Sie sich mit allen Ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln dafür ein, dass diese Verträge nicht weiterverhandelt oder gar ratifiziert werden! Ein überwältigender Teil der Zivilgesellschaft, eine breite europäische Bewegung kämpft gegen die drohenden sozialen und ökologischen Zumutungen und den drohenden Demokratieabbau. Denn im Kern geht es um nichts weniger als die Grundsatzfrage:

Kann sich die Demokratie in Europa weiterentwickeln, oder legen unsere Repräsentanten den großen internationalen Konzernen die Macht in die Hände?

Mit freundlichen Grüßen

Enrico Engeln

Bündnis *NO TTIP* Köln

Angelika Link-Wilden

Bündnis *NO TTIP* Köln

Norbert Baumgarten

Bündnis *NO TTIP* Köln

9 »Das CETA beeinträchtigt durch die Negativliste, die Ratchet-Klausel, die weitgehende Marktöffnung auch im Bereich kommunaler Dienstleistungen und das Verbot von Offsets, also das Verbot der gezielten Förderung lokaler Belange, die im Unionsrecht und im Grundgesetz verankerte **Garantie der kommunalen Selbstverwaltung** unverhältnismäßig.« So das Rechtsgutachten Fischer-Lescano/Horst (s.o. Fußn. 6), S. 40; im Detail: S.31f.

10 Siehe dazu etwa DIE ZEIT vom 15.2.14 »Revanche des Nordens«:
<http://www.zeit.de/wirtschaft/2014-02/freihandelszone-eu-usa-schwellenlaender>
sowie die Broschüre von Brot für die Welt »Nachhaltige Handelspolitik statt TTIP. Das EU-USA-Freihandelsabkommen birgt Gefahren für den Süden«:
https://info.brot-fuer-die-welt.de/sites/default/files/blog-downloads/nachhaltige_handelspolitik_statt_ttipweb.pdf

11 Beschluss des DGB Bundeskongresses vom Mai 2014: »... Aufgrund dieser Befürchtungen müssen die bisherigen TTIP-Verhandlungen ausgesetzt werden und eine andere Zielsetzung bekommen. Die Aussetzung soll dazu genutzt werden, einen transparenten Verhandlungsauftrag der Europäischen Union neu zu bestimmen, um damit einen grundsätzlichen neuen Ansatz in der globalen Handelspolitik zu etablieren.« <http://www.dgb.de/themen/++co++080508c4-08d3-11e4-b547-52540023ef1a>.
Dazu Stellungnahme der GEW: »Medienberichten zufolge hätten die Gewerkschaften TTIP zugestimmt. Das ist nicht der Fall. Der GEW-Hauptvorstand hat seine Ablehnung des geplanten Abkommens im März dieses Jahres beschlossen. Der 20. Ordentliche Bundeskongress des DGB hat - auch auf Initiative der GEW - klare Voraussetzungen für den Abschluss eines Freihandelsabkommens mit den USA formuliert und gefordert, die Verhandlungen auszusetzen und völlig neu auszurichten. Das kann aus Sicht der GEW nur heißen: TTIP und CETA müssen jetzt gestoppt werden. Wir appellieren an den am Wochenende stattfindenden SPD-Parteikonvent, der undemokratischen und unsozialen Abkommenspolitik die Rote Karte zu zeigen! Auch im DGB werden wir die Debatte weiter führen.« http://www.gew.de/Stopp_TTiP_Jetzt_erst_recht.html